

# Wochenblatt

für  
Wilsdruff, Tharandt, Rossen,  
Siebenlehn und die Umgegenden.  
Amtsblatt

für das Königliche Gerichtsamt Wilsdruff und den Stadtrath daselbst.

N<sup>o</sup> 7.

Dienstag, den 25. Januar

1870

## Tagegeschichte.

Dresden, 22. Januar. Die erste Kammer ist in ihrer heutigen Sitzung nach sehr langer und heisser Debatte dem von der zweiten Kammer bereits angenommenen Abrüstungsantrage entgegen den Vorschlägen der Majorität ihrer Deputation mit 24 gegen 21 Stimmen beigetreten. Die Regierungs-Commissare, der Kriegsminister v. Fabrice und Minister von Friesen sprachen sich bestimmt gegen den May'schen Antrag aus.

Die „D. A. Z.“ schreibt: Dem Vernehmen nach soll der Schluss des Landtags nach Ende der ersten Woche des Februar stattfinden. Wenn dem so ist, dann haben die beiden Kammern tüchtig zu thun, um wenigstens mit den hauptsächlichsten der noch rückständigen Arbeiten aufzuräumen. — Bekanntlich hatte die mit der Berichterstattung über die Theaterfrage beauftragte zweite Deputation der zweiten Kammer die Vorfrage wegen des Rechtspunktes der ersten Deputation (für Verfassungs- und Gesetzgebungsgegenstände) mit Beivilligung der Kammer zugeschoben. Soviel man hört, dürfte letztere mit überwiegender Majorität sich für die Rechtsverbindlichkeit des Landes zum Wiederaufbau des Hoftheaters aussprechen.

Zum Wiederaufbau der abgebrannten Stadt Frauenstein verlangt die Regierung von den Ständen mittelst königl. Decrets die Summe von 12,000 Thaler.

Die Dresdner Stadtverordneten wollen die Regierung angehen, dem nächsten Landtag ein Polizeistrafgesetzbuch und eine Polizeistrafprozess-Ordnung mit Taxordnung vorzulegen, und ersuchen den Stadtrath, mit ihnen gemeinschaftliche Sache zu machen.

Gegen den Wiederaufbau des Hoftheaters auf der alten Stelle spricht sich jetzt auch im „Dresdner Journal“ Professor Jul. Häbner wegen der Feuersgefährlichkeit für die Gallerie auf das Entschiedenste aus. Im Interesse der letzteren dürfe von einem Wiederaufbau an der alten Stelle unter keiner Bedingung die Rede sein.

Das „L. Z.“ schreibt: Wie aus parlamentarischen Kreisen der Hauptstadt verlautet, ist die mit der Verhandlung über die Angelegenheiten der „Leipziger Zeitung“ beauftragte Deputation der zweiten Kammer der Ständeversammlung zu dem Entschlusse gekommen, der Staatsregierung die Verlegung der Zeitung von Leipzig und die Verschmelzung derselben mit dem amtlichen „Dresdner Journal“ zu einem einzigen größeren Regierungsorgan zu empfehlen. Aus Anlaß der Interpellation eines Mitgliedes über die jüngsten Angriffe der Redaction der Lp. Ztg. auf die Finanzverwaltung der Stadt Leipzig soll der in der Sitzung der Deputation anwesende Vertreter der Staatsregierung erklärt haben, dieselbe bedauere diese Vorgänge und habe auch die darauf bezüglichen Befehle bereits nach Leipzig erlassen.

Nicht nur im Leder nahm die Leipziger Neujahrsmesse einen raschen Verlauf, so daß bald alle Vorräthe aufgebraucht waren, sondern auch in Tuch war das Geschäft sehr zufriedenstellend. Dagegen klagt man, daß das Leinengeschäft nicht so ging, wie man es wünschte.

Einer nach Vorgang früherer Jahre in der Stadt Leipzig beabsichtigten Einammlung milder Beiträge für die Diaconissenanstalt zu Dresden hat das Polizeiamt daselbst die Erlaubniß verweigert.

Ob schon die Sammlung für die Hinterlassenen der am 2. August v. J. in den Kohlenhöfen zu Burgl verunglückten Bergleute längst geschlossen, so gehen trotzdem an den Hauptstellen immer noch ahnsehnliche Beträge aus dem Auslande ein, weshalb man noch immer auf die Veröffentlichung der Schlussquittung vergeblich wartet. Man glaubt, daß die Endziffer nahezu 1/2 Million aufzeigen wird. Ein schönes Zeugniß für den nie versiegenden Wohlthätigkeitssinn der Menschen.

Aus Großsch wird den L. N. unterm 18. Januar geschrieben: Ein höchst beklagenswerther Unfall bewegt heute unsere Stadt. Der hiesige Schuhmacher Oscar Zettermann hat Vormittag in der 9. Stunde seinen Bruder, den Schuhmacher Robert Zettermann, bei welchem derselbe in Arbeit stand, infolge eines Wortwechsels erschossen. Der Unglückliche hinterläßt eine Frau und 5 Kinder. An

dem Thäter sind schon früher Spuren von Geistesstörung bemerkt worden und ist anzunehmen, daß derselbe in einem solchen Anfälle die That verübt hat. Er ist bereits an das königl. Gerichtsamt Pegau abgeliefert worden.

Burkhardsdorf, 20. Januar. Gestern schlug der von Chemnitz nach Thum gehende Beiwagen der Abendpost kurz vor Burkhardsdorf um. Derselbe war mit 3 Personen besetzt, die zum Glück nur unerheblichen Schaden erlitten und beim Aufstellen des Wagens behilflich sein konnten. Kaum stand dieser wieder auf seinen Rädern, als die jungen Pferde mit ihm durchgingen, in unseren Ortsweg einbogen und über den Markt wegjagten. Am Ende desselben blieb der Postwagen glücklicher Weise an einem am Wege stehenden Kohlenwagen hängen und die Flüchtlinge wurden gefangen. Die Reise nach Thum wurde nun mit einem Schlitten fortgesetzt, da das beräubernde Transportmittel durch die erlittene Niederlage sowohl, als durch den dervon Zusammenstoß invalid geworden war.

Am 17. Januar hat König Ludwig den bayerischen Landtag mit einer Thronrede eröffnet, die für ganz Deutschland wichtig ist. „Ich weiß“, sagte er, „daß manche Gemüther die Sorge erfüllt, es sei die wohlverdienende Selbstständigkeit Bayerns bedroht. Diese Befürchtung ist unbegründet. Alle Verträge, welche ich mit Preußen und dem Norddeutschen Bunde geschlossen habe, sind dem Lande bekannt. (Es gibt also keine geheimen mehr). Treu dem Alliance-Vertrage, für welchen ich mein königliches Wort verpfändet habe, werde ich mit meinem mächtigen Bundesgenossen für die Ehre Deutschlands und damit für die Ehre Bayerns einstehen, wenn es unsere Pflicht gebietet. So sehr ich die Wiederherstellung einer nationalen Verbindung der deutschen Staaten wünsche und hoffe, so werde ich doch nur in eine solche Gestaltung Deutschlands willigen, welche die Selbstständigkeit Bayerns nicht gefährdet. Indem ich der Krone und dem Lande die freie Selbstbestimmung wahre, erfülle ich eine Pflicht nicht allein gegen Bayern, sondern gegen Deutschland. Nur wenn die deutschen Stämme sich nicht selbst aufgeben, sichern sie die Möglichkeit einer gedeihlichen Entwicklung Gesamt-Deutschlands auf dem Boden des Rechts.“ — Weiter kündigt der König „eine erhöhte Inanspruchnahme der Steuerkräfte“, den Entwurf eines Wahlgesetzes auf Grundlage directen Wahlrechts, eine neue Strafprozess-Ordnung, Advolaten-Ordnung, eine Regelung der Tag- und Stempelgesetze und eine Organisation der Bürgerwehr an. „Mein höchster Lohn“, schließt der König, „wird das Glück meines theueren Landes sein.“ — Die Staatsausgaben sind auf 93,075,000 fl., die Erhöhung der Steuern auf 3,419,000 fl. angeschlagen.

Paris, 22. Januar. Heute wurde Rochefort zu 6 Monaten Gefängniß und 3000 Fres. Geldstrafe, Paschal Groussset zu 6 Monaten Gefängniß und 2000 Fres., Dereure (wie Groussset Mitarbeiter an der Marfeillaise) zu 6 Monaten Gefängniß und 500 Fres. Geldstrafe verurtheilt. Während der Verhandlung hatte sich eine zahlreiche Menschenmenge vor dem Justizpalast eingefunden. Die Ruhe war nirgends gestört. Rochefort wohnte der heutigen Kammer Sitzung bei.

Schwer genug wirds Ollivier gemacht, die Freiheit mit dem Kaiserthum zu versöhnen. Rochefort und Gambetta werfen ihm in der Kammer vor, er sei selber Republikaner gewesen und nur in der Republik sei Freiheit; er sei abgefallen, um Carriere zu machen und Vermögen sich zu erwerben. Gambetta ist scharf wie Gift, man erkennt in ihm den Knaben wieder, der sich ein Auge ausstach, um seinen Vater zu zwingen, ihn aus der verhassten Schule zu nehmen. Ollivier antwortet ruhig und läßt sich durch nichts außer Fassung bringen. Ja, sagte er, ich war früher Republikaner und unterstützte jetzt aus Ueberzeugung das Kaiserthum, das die Freiheit gibt. Gambetta wollte antworten und wird unterbrochen. Er ruft: Sie haben der Lüge Beifall geflößt, hören Sie auch nun die Wahrheit! — Er wird zur Ordnung gerufen. Rufen Sie lieber Herrn Ollivier zur Ehre zurück! schreit er. — Die Worte, die Paris Napoleon in den Mund legt, sind wenigstens gut erfunden. Ollivier legte ihm das Decret vor, welches Bonaparte in Anklagestand versetzt. Der